

Zu den Ergebnissen der Wahlen in Westberlin
am 2. März 1975
und zu einigen Schlußfolgerungen für den
weiteren Kampf der SEW

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Westberlin am 2. März 1975 hatten folgende Hauptergebnisse:

Die CDU wurde erstmals wählerstärkste Partei. Die SPD verlor ihre absolute Mehrheit. Die FDP konnte ihre Position im wesentlichen halten. Die SEW blieb mit 25 583 Stimmen (1,9 Prozent) unter der 5-Prozent-Klausel und büßte gegenüber 1971 sowohl prozentual als auch absolut an Stimmen ein.

Das Wahlergebnis widerspiegelt in vielem die gegenwärtige Lage in Westberlin. Es läßt Schlußfolgerungen auf den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten zu. Es macht vor allem Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Politik der SEW für den Kampf um die Erweiterung ihres Einflusses notwendig.

I. Zu einigen Hauptfaktoren, von denen die Wahlen besonders beeinflußt wurden

Die Wahlen in Westberlin haben in einer Situation stattgefunden, die gekennzeichnet waren

- durch eine Verschärfung der Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems, die von der Bevölkerung allerdings noch nicht als eine tiefgreifende Verschlechterung ihrer Lage empfunden wird. Dennoch ist die Bevölkerung durch die ständigen Preissteigerungen - insbesondere für Mieten und Dienstleistungen - und durch beginnende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit beunruhigt; viele befürchten, daß sich ihre soziale Lage verschlechtern wird;
- durch eine zunehmende Beunruhigung der Bürger über das Anwachsen der Kriminalität, die zu einem Gefühl allgemeiner Unsicherheit geführt hat;
- durch die Tatsache, daß Fragen der Außenpolitik - insbesondere der Beziehungen zur DDR - für große Teile der Wähler keine dominierende Rolle mehr spielen. Die abgeschlossenen Verträge und die damit verbundenen Regelungen werden als gegebene Tatsachen betrachtet. Zugleich hat der sozialdemokratische Senat alles unternommen, um durch systematische Anti-DDR-Hetze und Attacken gegen die Verträge die Vorteile der Entspannungspolitik für die Westberliner Bevölkerung ins Zwielicht zu rücken.

Es ist auch nicht zu übersehen, daß im Denken vieler Westberliner die politische Entwicklung in der BRD, insbesondere der Ausgang der dortigen Landtags- und Kommunalwahlen, eine Rolle spielt. Beeinflußt dadurch und durch die Situation in Westberlin selbst gab es für die meisten nur die Wahlentscheidung zwischen SPD und CDU.

Diese objektive Situation hatte widersprüchliche Auswirkungen auf das Wählerverhalten und das Wahlergebnis:

1. Die SPD verlor 140 483 Stimmen (7,7 Prozent) gegenüber der Wahl im Jahre 1971; ihr Stimmenanteil sank auf 42,7 Prozent. Besonders hoch waren die sozialdemokratischen Verluste mit jeweils ca. 10 Prozent in den Bezirken Kreuzberg, Wedding und Neukölln, die den stärksten Arbeiteranteil an der Bevölkerung haben.

Die SPD verlor deshalb in so beträchtlichem Maße, weil breite Schichten der Bevölkerung über die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit und die unerfüllten Reformversprechungen des Senats enttäuscht waren. Hinzu kommt, daß der SPD-Senat durch zahlreiche Korruptions- und Bauskandale, in die führende Sozialdemokraten verwickelt waren, sowie durch die offene Ämter-Patronage an Vertrauen und Glaubwürdigkeit gerade bei Arbeitern verloren hat. Das führte dazu,

- daß unzufriedene sozialdemokratische Wähler zur CDU überwechselten;
- daß offenkundig eine Reihe sozialdemokratischer Wähler der Wahl fern blieben;
- daß eine Gruppe ehemaliger sozialdemokratischer Wähler dem BFD ihre Stimme gab.

Zugleich haben aus Angst vor einer Regierungsübernahme durch die CDU bisherige sozialdemokratische Wähler, die erklärtermaßen bereits zur Stimmabgabe für die SEW tendierten, doch wieder SPD gewählt.

Die erheblichen Stimmenverluste der SPD können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD nach wie vor auf die Arbeitermassen den entscheidenden Einfluß ausübt.

2. Von der Verschärfung der Krise, von der zunehmenden Unsicherheit und von der verbreiteten Enttäuschung über die SPD hat in erster Linie die CDU profitiert. Sie erreichte 43,9 Prozent, das ist ein Zugewinn von 52 756 Stimmen (5,7 Prozent).

Für die meisten Wähler war die Stimmabgabe für die CDU keine bewußte Entscheidung für einen Rechtsruck, für eine rechtskonservative Politik. Ihre Entscheidung wurde geprägt von der Erwartung, daß die CDU besser als die SPD in der Lage sei, sowohl wirtschaftliche als auch innere Sicherheit zu gewährleisten. Das resultiert nicht zuletzt daraus, daß sich auch in Westberlin die CDU in zunehmendem Maße an die veränderten Bedingungen anpaßt. Sie stellt sich heute mit sozialer Demagogie als eine Partei dar, die scheinbar den Bedürfnissen und Interessen aller Bevölkerungsschichten Rechnung trägt.

3. Die Verluste der FDP hielten sich in Grenzen (- 1,3 Prozent) und waren für sie selbst unerwartet niedrig. Ihre bisherige Stellung als parlamentarische Oppositionspartei und ihre Selbstdarstellung als „Korrektiv nach rechts und links“ haben sie für ihre bisherigen Wähler auch weiterhin als wählbar erscheinen lassen.
4. Für den BFD, der das erste Mal an einer Wahl in Westberlin teilnahm, wurden 47 492 Stimmen (3,4 Prozent) abgegeben. Er gewann offensichtlich vor allem die Stimmen solcher ehemaliger SPD-Wähler, die Gegner der Entspannungspolitik sind und die zur scharfen Konfrontation mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten zurück wollen. Der BFD konnte diese beachtliche Wählergruppe aus der SPD bekommen, weil die Westberliner SPD über ein Vierteljahrhundert lang der Haupteinpeitscher des Frontstadtkurses war.

Die generellen Faktoren, die das Wahlergebnis bestimmten, wurden durch die Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz in den letzten Tagen des Wahlkampfes auf sehr differenzierte und widersprüchliche Weise beeinflusst: Die Fragen der „inneren Sicherheit“ wurden dominierend; die CDU rückte noch stärker ins Blickfeld aller Wähler; der Antikommunismus wurde in zugespitzter Weise nochmals angeheizt.

Was die Bewußtseinsentwicklung der großen Mehrheit der Westberliner Bevölkerung betrifft, so haben der Wahlkampf und das Wahlergebnis erneut sichtbar gemacht:

- Es gibt in Westberlin viele Menschen, die soziale, wirtschaftliche und politische Verbesserungen wünschen, aber sie wollen das bestehende gesellschaftliche System nicht in Frage gestellt wissen.
- Das Denken der meisten Menschen ist bestimmt von den Kategorien des bürgerlichen Parlamentarismus, was dazu führt, daß bei Unzufriedenheit mit der regierenden Partei die Wähler sich in der Regel der parlamentarischen Opposition zuwenden. Umso mehr erzielte die bürgerliche Propaganda mit ihrer Parole von den drei zur Wahl stehenden „demokratischen Parteien“ und den „drei kommunistischen Splittergruppen“ eine tiefe Wirkung.

II. Zum Wahlkampf und zu den Wahlergebnissen der SEW

Die SEW hat im Zeitraum von 1971 bis 1975 ihre Reihen ideologisch, politisch und organisatorisch weiter gefestigt. Das zeigt sich in einer beträchtlichen Erhöhung der Mitgliederzahl, in der Bildung neuer Betriebsgruppen, in der Erringung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Positionen und einer erhöhten Aktivität vieler Mitglieder. Es war der Partei möglich, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und den Gegner zur öffentlichen Auseinandersetzung mit ihrer Politik zu zwingen. Auch im Wahlkampf setzte sich diese Entwicklung fort. Der Partei gelang es

- weit mehr Mitglieder als zuvor dafür zu mobilisieren, in der Öffentlichkeit die Politik der SEW zu vertreten;
- die Zahl der Betriebs- und Wohngebietszeitungen zu erhöhen;
- namhafte parteilose Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, sich in Wählerinitiativen offen zur SEW und ihrer Politik zu bekennen.

Dennoch verlor die SEW bei der Wahl vom 2. März 8 344 Stimmen, was einem prozentualen Rückgang von 0,4 Prozent entspricht. Selbst in Bezirken wie Kreuzberg und Schöneberg, wo die Partei ihr prozentuales Ergebnis halten konnte, hat sie - ebenso wie in der überwiegenden Mehrzahl der insgesamt 80 Wahlkreise - absolute Stimmenverluste zu verzeichnen.

Woraus resultiert die Diskrepanz zwischen der Stärkung der Partei und dem Rückgang an Wählerstimmen?

Das unbefriedigende Wahlergebnis der SEW erklärt sich zu einem Teil aus den Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattfanden und dabei ganz besonders aus den konzentrierten und abgestimmten antikommunistischen Angriffen, die alle etablierten Parteien und die Massenmedien - unterstützt von den pseudorevolutionären Gruppen - während des gesamten Wahlkampfes gegen die SEW geführt haben. Zugleich ist das

Wahlergebnis unzweideutig von Faktoren beeinflusst worden, die mit dem derzeitigen Entwicklungsstand der SEW zusammenhängen:

1. In der zurückliegenden Zeit ist es der Partei ohne Zweifel gelungen, den Kreis ihrer Sympathisanten zu erweitern und in verschiedenen Aktionen und Bewegungen breitere Kreise für bestimmte Forderungen (1. Mai 1974, Chilesolidarität, Bildungsfragen etc.) zu mobilisieren. Die Partei vermochte es jedoch noch nicht, ihre Beziehungen zu diesen Kreisen so stabil zu gestalten, daß sie auch bei Parlamentswahlen ihre Stimme mit Sicherheit der SEW geben.

2. Der Wahlausgang beweist, daß die Gewinnung neuer Mitglieder nicht ohne weiteres zur Vergrößerung der Massenbeziehungen führt. Viele neue, insbesondere junge Mitglieder kommen zur Partei, indem sie sich zunächst einmal aus ihrem bisherigen Lebensbereich lösen und bestehende Beziehungen zu Verwandten und Bekannten abbrechen.

Die Parteiorganisationen müssen einen erhöhten Teil ihrer Kraft darauf verwenden, die neuen Mitglieder fest an die Partei zu binden, sie mit den Anfangsschritten der Parteiarbeit vertraut zu machen und sie mit elementaren Kenntnissen unserer Weltanschauung und Politik auszurüsten. Für viele Mitglieder war der Wahlkampf 1975 der erste, den sie als Kommunisten führten.

3. Trotz einer Reihe von Initiativen im kommunalpolitischen Bereich mangelte es an einer vom Parteivorstand, den Kreisvorständen und den Grundorganisationen getragenen beständigen Kommunalpolitik.

Das Fehlen einer langfristig angelegten kommunalpolitischen Konzeption erschwerte es der Partei, den angehäuften Zündstoff im gesamtstädtischen und bezirklichen Maßstab zu nutzen und sich in den Wahlkreisen auch als Vorkämpfer für die kommunalpolitischen Belange der Bevölkerung genügend bekannt zu machen.

4. Die SEW konnte ihre Positionen in den Betrieben und Gewerkschaften weiter ausbauen. Aber die Wahl von Kommunisten als Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre ist vielfach zunächst ein Vertrauensbeweis für den einzelnen Kommunisten und noch nicht eine Zustimmung zur Politik der Partei.

Hinzu kommt, daß es bei allen Bemühungen um die Entwicklung der Betriebsgruppenarbeit den leitenden Organen der Partei noch nicht ausreichend gelungen ist, mit einer systematischen betriebsbezogenen Argumentation den Genossen in den Betrieben zu helfen, den Arbeitskollegen im persönlichen Gespräch, durch die Betriebszeitungen usw. die Politik der Partei verständlich zu machen.

5. Der Partei ist es durch ihre ideologische Arbeit und durch ihre Aktionen gelungen, frühere Positionen der Chaoten in den studentischen Organen der Dahlemer Universität, der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule zu zerschlagen. Die Partei ist aber noch nicht fertig geworden mit dem ideologisch-politischen Einfluß, den diese Gruppen durch ihre pseudorevolutionäre Phraseologie und unter Mißbrauch des Namens KPD auf junge Menschen ausüben. So erklärt es sich, daß sie 11 049 Stimmen erhielten und damit das Wahlergebnis für die SEW beeinträchtigten.

III. Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit der SEW

Die auf dem IV. Parteitag sowie im Offenen Brief fixierte Grundlinie der Politik der Partei hat alles in allem ihre Bewährungsprobe bestanden. Sie entspricht auch jetzt und in der nächsten Zeit den realen Bedingungen in Westberlin. Bei allen Schlußfolgerungen und Konsequenzen, die es nach den Wahlen zu ziehen gilt, geht es deshalb um die Frage: Wie kann die bisherige richtige Linie besser und wirksamer durchgesetzt werden?

Generell kommt es dabei vor allem darauf an, weiterhin konsequent auszugehen von den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Westberliner Bevölkerung. Dabei besitzen natürlich auch künftig die wirtschaftlichen und sozialen Probleme großes Gewicht. Zugleich und in Verbindung damit wird die Partei unbeirrt als Vorkämpfer für die Politik der Entspannung, für normale Beziehungen zur DDR, für die strikte Einhaltung der Verträge wirken. Die Partei wird immer wieder nachweisen, daß Westberlin und seine Bürger nur dann eine friedliche und gute Zukunft haben können, wenn die Entspannungspolitik fortgesetzt, die Gegner der friedlichen Koexistenz zurückgedrängt werden und normale Beziehungen zur DDR bestehen.

Im einzelnen ist für den Kampf um die Erweiterung des Masseneinflusses der SEW jetzt besonders folgendes erforderlich:

1. Es ist notwendig, weiterhin konsequent Kurs zu nehmen auf die Gewinnung neuer Mitglieder insbesondere aus der Arbeiterklasse sowie der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend.

Die ideologische Arbeit der Partei sollte verstärkt darauf gerichtet sein, die Genossen mit der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus auszurüsten, ihr Verständnis für die Strategie und Taktik der Partei zu vertiefen, ihnen Argumente für die kameradschaftliche Diskussion mit Sozialdemokraten und anderen Werktätigen an die Hand zu geben und ihnen konkrete Antworten auf die Fragen zu vermitteln, die der Kampf in Westberlin stellt.

2. Die wichtigste Aufgabe für die Partei bleibt die Erweiterung ihres Einflusses in den Betrieben und Gewerkschaften und die Erringung weiterer Positionen.

Dabei kommt es besonders darauf an, die Betriebsparteiorganisationen weiter zu stärken und sie schrittweise in den Stand zu versetzen, die Politik der Partei in den Betrieben wirksamer und überzeugender zu vertreten. Das erfordert eine Verbesserung der Anleitung der Betriebsparteiorganisationen, vor allem in solchen großen Schwerpunktbetrieben wie Siemens, AEG und Telefunken.

Der Parteivorstand wird Überlegungen anstellen, wie die gewonnenen gewerkschaftlichen und betrieblichen Positionen behauptet und weiter ausgebaut werden können, wie es in nächster Zeit den Kampf um die Gewerkschaftseinheit zu führen gilt, wie wirksam den gegnerischen Versuchen zu begegnen ist, Kommunisten aus den Gewerkschaften hinauszudrängen.

3. Der Parteivorstand wird sich damit beschäftigen, wie die Beziehungen der Mitglieder der Partei vor allem zu den Sozialdemokraten in den Betrieben und Gewerkschaften verbessert werden können. Dabei wird der Parteivorstand gebührend die veränderte Lage berücksichtigen, in der sich die Sozialdemokratie nach den Wahlen vom 2. März befindet.

4. Vor der Partei steht die Aufgabe, eine langfristig angelegte Kommunalpolitik zu entwickeln und sich im gesamtstädtischen Rahmen, in den Bezirken und in den Wahlkreisen kontinuierlich mit den innerstädtischen Problemen, die die Bürger bewegen, zu beschäftigen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, in den Wahlkreisen Genossen heranzubilden, die sich regelmäßig zu kommunalpolitischen Fragen äußern, die Einwohner bewegende Probleme aufgreifen und sich so das Vertrauen der Bürger erwerben. Die Lösung dieser Aufgabe ist besonders wichtig in solchen neu entstandenen Ballungsgebieten wie Märkisches Viertel, Falkenhagener Feld, Gropiusstadt und Lichtenrade-Marienfelde, wo heute in umfangreichem Maße Arbeiterfamilien wohnen.
5. Es ist notwendig, entschieden darauf hinzuwirken, irreführende junge Menschen aus dem Einfluß der sogenannten „KPD“ zu lösen, für die Unterstützung der SEW zu gewinnen und zielstrebig den politisch-ideologischen Kampf gegen pseudorevolutionäre Gruppen zu führen.
6. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Partei sich weiterhin und verstärkt auf die junge Generation orientieren muß, wird der Parteivorstand gründlich Fragen der Jugendarbeit beraten. Er wird dabei besonders prüfen, wie der Einfluß unter der Arbeiterjugend erhöht werden kann, und sich in diesem Zusammenhang auch mit der Tätigkeit der FDJW befassen.
7. Besondere Aufmerksamkeit wird der Parteivorstand der Verbesserung der Arbeit mit unserer Zeitung „Die Wahrheit“ widmen. Dabei geht es vor allem um ihre Profilierung als populäre Partei- und Arbeiterzeitung Westberlins. Das schließt bei Beibehaltung der prinzipiellen Linie eine stärkere Hinwendung zu den inneren Problemen dieser Stadt ein.